

Mit digitaler Messtechnik die Raser ausbremsen

Nach Ludwigshafen setzt jetzt auch Mannheim auf neue Radarmessanlagen – „Starenkästen“ sollen ausgemustert werden

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN GAIER

► Noch ist sie nicht „scharf“, aber ab Februar soll der Radarsäule unterhalb der Konrad-Adenauer-Brücke kein Temposünder mehr entgehen. Der mit digitaler Technik ausgestattete „Blitzer“ soll nach und nach alle stationären Radarmessanlagen ersetzen. Mit Abzocke habe das allerdings nichts zu tun, betont Ordnungsbürgermeister Rolf Schmidt.

Im Stadtgebiet gibt es laut Schmidt 16 Standorte mit den so genannten Starenkästen. Allerdings seien acht Standorte nicht betriebsfähig ohne Investitionen in Fahrbahnschleifen oder Anlagenhardware. „Diese werden wir nicht mehr tätigen, weil wir auf Digitaltechnik umstellen werden“, unterstreicht Rolf Schmidt.

Die Radarsäule unter der Konrad-Adenauer-Brücke an der Abfahrt vom Parking auf die Südtangente steht bereits seit Mitte Dezember und befindet sich derzeit noch im Probebetrieb. „Wir wollten erst wieder eine Induktionsschleife einbauen und eine herkömmliche Kamera installieren, aber die Stadt Ludwigshafen hat uns das ja vorgemacht“, verrät der Bürgermeister auf die Radarmessanlage, die im Juni 2007 in der so genannten Aweta-Kurve vor der BASF installiert wurde.

„Poli-Scanspeed“ heißt das Produkt des Wiesbadener Unternehmens Vitronic. Die Radarsäule misst mehrere neben- oder hintereinander fahrende Fahrzeuge gleichzeitig, ordnet Verstöße eindeutig zu und dokumentiert diese digital. Der Vorteil für stationäre Anlagenbetreiber besteht darin, straßenseitige Einbauten wie Piezo- oder Induktionsschleifen nicht notwendig sind.

„Wenn eine Induktionsschleife verrutscht ist, ist die Anlage nicht mehr geeicht und dann muss der Straßenbelag wieder aufgerissen werden und wieder erneuert werden“, schildert Rolf Schmidt das Problem. Eben aus diesem Grund seien derzeit



Die Radarsäule unter der Konrad-Adenauer-Brücke an der Abfahrt vom Parking auf die Südtangente steht bereits seit Mitte Dezember und befindet sich derzeit noch im Probebetrieb. Ab Februar soll sie dazu beitragen, den Unfallschwerpunkt zu entschärfen.

—FOTO: KUNZ

acht Anlagen außer Betrieb. Die mit Digitalkameras ausgestattete Radarsäule kostet rund 73.000 Euro. Diese Investition wird sich bald wieder „einspielen“, aber Geschwindigkeitskontrollen seien keinesfalls dazu da, auf Kosten der Bürger das Straßensäckel zu füllen. „Ich habe dieses Vorrteilm auch gepflegt, bevor ich hier ins Amt gekommen bin und die Zahlen gesehen habe“, betont der Bürgermeister.

70 Prozent der Maßnahmen zur Überwachung der Geschwindigkeit finde an Unfallschwerpunkten statt, in-

formiert er. Dazu zählt auch die Stelle unterhalb der Konrad-Adenauer-Brücke. Auf der Südtangente haben sich nach der Unfallstatistik der Stadt im Jahr 2006 15 Unfälle ereignet, bei zwölf war überhöhte Geschwindigkeit die Ursache. Für das Jahr 2007 liegen zwar noch keine Zahlen vor, aber Rolf Schmidt erinnert an den Unfall im vergangenen Jahr, bei dem ein Lastwagen das Geländer durchbrochen hatte.

Bei 20 Prozent der Kontrollen habe es vorher eine Bitte seitens des Gemeinderates, eines der 16 Bezirksbeiräte

te oder anderer Institutionen und Einrichtungen wie Schulen oder Vereinen gegeben. „Der Rest von zehn Prozent dient dazu, um auch in der Stadt zu bewirken, dass sich die Fahrer einwandfrei verhalten“, sagt der Bürgermeister und verweist erneut auf die Statistik. Im Jahr 2004 habe die Zahl der durch überhöhtes Tempo verursachten Unfälle noch 193 betragen. 2005 waren es 206, 2006 waren es 213 Unfälle. Generell habe die Verkehrsdisziplin nachgelassen, konstatiert Schmidt.

„Mit der Geschwindigkeitsüberwachung verdienen wir kein Geld. Es gibt ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben“, stellt er klar. Zwar habe die Stadt im Jahr 2006 bei der Überwachung des fließenden Verkehrs bei Einnahmen in Höhe von vier Millionen Euro und Ausgaben in Höhe von drei Millionen Euro „eine Million gutgemacht“, aber bei der Gesamtverkehrsüberwachung habe der „Gewinn“ nur noch 45.000 Euro betragen, informiert der Bürgermeister.